

Sehr geehrte/r Bezirksrat/Stadtrat/Bürgermeister,

mein/e Kind/er \_\_\_\_\_ werden seit \_\_\_\_\_ in der privaten MFF-geförderten Einrichtung \_\_\_\_\_ betreut. Seit Bekanntwerden der Rechtswidrigkeit der Münchner Förderformel werden wir Eltern im Ungewissen gelassen. Seit über 1 Jahr hingehalten und mit Sorgen, Ängsten und Unsicherheiten alleine gelassen.

Die meisten Eltern mit Kindern in MFF-Kitas haben diese Plätze angenommen, ohne überhaupt einen Alternativplatz in rein städtischen Einrichtungen angeboten bekommen zu haben. Allein die Tatsache, einen Betreuungsplatz ergattert zu haben, führt bei den meisten Familien bereits zu Freudensprüngen.

Die MFF soll durch das geplante Defizitgleichmodell ersetzt werden. D.h. private Einrichtungen dürfen keinen Profit mehr machen und bekommen dann etwaigen Verlust von der Stadt ausgeglichen. Der Beitritt zum neuen Fördermodell stehe allen Trägern offen, so das Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München. Die Folge wäre, dass viele private Träger zwangsläufig aus der Förderung aussteigen müssen oder aber die Gebühren auf die Eltern umlegen müssen. Das Problem der Förderung wird demnach auf die Eltern abgewälzt.

Des Weiteren birgt das Modell zwei Gefahren:

1. Private Einrichtungen sind nun mal Wirtschaftsunternehmen, die wie alle darauf ausgelegt sind, Profit zu machen. Gerade private Kita-Einrichtungen stecken ihren Gewinn zielführend in den Ausbau neuer Einrichtungen und in die Verbesserung bestehender Häuser. Der Landeshauptstadt München fehlen tausende Kita-Plätze. Die Einführung des Defizitgleichmodells würde zur Folge haben, dass private Einrichtungen geschlossen werden müssen, weil ihnen schlichtweg die Kinder bzw. zahlungskräftigen Eltern fehlen werden. Somit gäbe es noch mehr fehlende Betreuungsplätze.
2. Das Defizitgleichmodell geht wie eingangs erwähnt vor allem zu Lasten der Eltern, die gar keinen Alternativplatz in einer städtischen Kita bekommen haben und allein deswegen in MFF-geförderten Einrichtungen Plätze angenommen haben. Es besteht höchste Gefahr, dass diese ihren Platz verlieren/ihn sich nicht mehr leisten können. Wir reden hier immer noch von über 10.000 Kindern in München. Es ist schlichtweg nicht fair, dass vormals geförderte Plätze nun (teils erheblich) kostenpflichtig werden. Selbst eine nach Haushaltseinkommen gestaffelte Gebühr wäre unfair gegenüber all Denjenigen, die von Anfang an, aus purem Zufall, einen rein städtischen Platz ergattert haben. Es ist außerdem nicht förderlich, Kinder aus ihrer privaten, MFF-geförderten gewohnten Umgebung zu reißen, weil die Eltern sich die Plätze ab 1.9.2024 nicht mehr leisten können.

Durch die Einführung des Defizitgleichmodells ist ein noch größerer Bedarf an städtischen Plätze ist absehbar. Doch woher sollen diese Plätze kommen?

Solange die Landeshauptstadt München nicht in der Lage ist, kostenfreie städtische Plätze für alle Kinder zu schaffen, sollte die Stadt alle Kita-Plätze fördern, die zur Verfügung stehen!

Wir Eltern werden nun seit Jahren hingehalten und sind heute immer noch auf gleichem Stand wie vor genau 1 Jahr. Das verringert die Sorgen keineswegs, sondern führt weiterhin zu Unsicherheit und Existenzängsten, zu Überlegungen, die Stadt zu verlassen. Die Attraktivität für Familien in München zu leben, schwindet.

Die bisherige Kurzinfo des Referats für Bildung und Sport des Landeshauptstadt München von Dezember 2023 beantwortet nicht im geringsten die dringenden Fragen, die sich Eltern mit Kindern in MFF-Kitas seit über 1 Jahr stellen. Man betont, dass weiterhin das Wohl der Münchner Kinder und Familien im Mittelpunkt stehen soll. Dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit im Fokus stehen. Davon merken wir Eltern allerdings nichts.

Anfang Februar 2024 wird das neu Fördermodell dem Stadtrat vorgelegt. Daher fordern/fordere ich/wir Sie als unsere politischen Vertreter hiermit auf, endlich auch uns Eltern und Familien mit in Ihre Überlegungen einzubinden, unsere Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und oben genannte Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit auch wahrhaftig umzusetzen und nicht nur für politische Zwecke mit auf die Agenda zu nehmen.

Wir wollen gehört werden! Unsere Kinder sind unser aller Zukunft! Unsere Kinder verdienen chancengleiche Betreuungsplätze!